L-1-037-2: Ein bezahlbares Zuhause für alle Berliner*innen schaffen - Für eine soziale Wohnungspolitik, faire Mieten und eine nachhaltige Stadtentwicklung

Antragsteller*innen Franziska Eichstädt-Bohlig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Von Zeile 37 bis 43:

~~Alle natürlichen oder rechtlichen Personen, die mehr als 100 Wohnungen zur Vermietung anbieten und somit als Wohnungsunternehmer*innen auf dem Berliner Wohnungsmarkt aktiv werden, benötigen seitens des Amtes eine Lizenz zum Vermieten – den sogenannten "Vermieterführerschein". Dabei handelt es sich um einen Katalog, der die Grundsätze und Pflichten einer ordnungsgemäßen, sozial verantwortlichen Verwendung und Bewirtschaftung von Wohnraum regelt. Wohnungsunternehmen in genossenschaftlicher, sonstiger gemeinnütziger oder kirchlicher Trägerschaft bewirtschaften ihre Bestände gemeinwohlorientiert.~~
Mit diesem Berliner Wohnungswirtschaftsgesetz werden für Wohnungsunternehmen ab einer bestimmten Wohnungsgröße Grundsätze und Pflichten für eine ordnungsgemäße und sozial verantwortliche Verwendung und Bewirtschaftung von Wohnraum festgelegt. Um als privates Wohnungsunternehmen auf dem Berliner Wohnungsmarkt aktiv zu sein, sind nach unserem Verständnis Kriterien wie die vollständige Offenlegung der Eigentums- und Finanzverhältnisse gegenüber den Wohnungsaufsichtsbehörden, die Bilanzierung nach tatsächlich realisierten Werten statt nach spekulativen Marktwertannahmen und die Bildung von angemessenen Rücklagen für Instandhaltungs- und (ökologische) Erneuerungsinvestitionen zu erfüllen. Wohnungsunternehmen in genossenschaftlicher, sonstiger gemeinnütziger oder kirchlicher Trägerschaft bewirtschaften ihre Bestände in der Regel gemeinwohlorientiert.

Begründung
Kapitalmarkt orientierte Wohnungsunternehmen bilanzieren nach der IFRS-Methode, nach der für Immobilien nicht die realisierten Werte sondern hypothetische Marktwerte angesetzt werden. Für ihr Aktionäre und Kapitalgeber sind diese Unternehmen auf ständige Mietsteigerungen und Immobilienwertsteigerungen angewiesen. Das Wirtschaften nach diesen Kapitalmarktregeln verträgt sich nicht mit der Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung.

Unterstützer*innen

Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte), Ronald Wenke (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf), Irmgard Franke-Dressler (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Katrin Maak (KV Berlin-Pankow), Sabine Hawlitzki (KV Berlin-Pankow), Ingeborg Hofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow), Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln), Georg Schönwandt (KV Berlin-Mitte)